

Deutschland und Indien drängen in den Weltsicherheitsrat

von Rainer Hörig

Indien, mit mehr als 900 Millionen Einwohnern das zweitvolkreichste Land der Erde, erhebt seit fünf Jahren Anspruch auf einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat.

Somalia im März 1994. Das deutsche Kontingent der UNO-Friedenstruppe verläßt nach seinem ersten, zehn Monate währenden Auslandseinsatz den afrikanischen Wüstenstaat. Der Rückzug der Deutschen wird von Blauhelmen aus Indien gesichert. Nach dem schmählichen Abgang der Amerikaner und Europäer führen Soldaten aus Asien den UN-Auftrag zu Ende. Für den von der UNO in Somalia ausgerufenen Frieden lassen vierzehn indische Soldaten ihr Leben.

Unter den fünf Staaten, die der UNO-Friedenstruppe die meisten Soldaten leihen, befinden sich neben Großbritannien und Frankreich drei südasiatische Länder. Pakistan, Indien und Bangladesch stellen zusammen etwa doppelt so viele Blauhelme wie die Großmächte, insgesamt sogar ein Viertel der knapp achtzigtausend Bewaffneten, über die die UNO zur Zeit verfügen kann. Über deren Einsatz entscheidet jedoch der Sicherheitsrat der Weltorganisation in New York, und dort geben die ehemaligen Kolonialmächte Großbritannien, Frankreich, Rußland und USA sowie die Atommacht China den Ton an. Schon lange fordern die Länder des Südens eine Demokratisierung der Weltorganisation, die den weltpolitischen Veränderungen seit Gründung der UNO vor fünfzig Jahren Rechnung tragen soll.

Indien, mit mehr als 900 Millionen Einwohnern das zweitvolkreichste Land der Erde, erhebt seit fünf Jahren Anspruch auf einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat. Seine geostrategische Lage am Indischen Ozean, durch den der Seeweg von Europa und Arabien zum fernen Osten führt, und seine fünf Millionen Soldaten starken Streitkräfte machen Indien zu einer der wichtigsten Mächte in Asien. Die indische Volkswirtschaft zählt zu den zehn größten der Welt. Seit Gründung der Bewegung blockfreier Staaten gilt Indien als ein Wortführer des Südens.

"Indien unterstützt die Vereinten Nationen seit ihrer Entstehung und leistet zu fast allen ihren Arbeitsbereichen einen nicht unerheblichen Beitrag. Wir glauben daher, daß unser Engagement durch einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat gewürdigt werden sollte," meint Dinker Prakash Shrivastava, Abteilungsleiter für UN-Angelegenheiten im indischen Außenministerium. "Die

Erweiterung des Sicherheitsrates muß unserer Meinung nach auf objektiven, von allen Mitgliedsstaaten mitgetragenen Kriterien beruhen, so etwa auf Bevölkerungszahl, Wirtschaftskraft, Mitarbeit in Gremien und Organisationen der Weltorganisation sowie auf dem Zukunftspotential des jeweiligen Landes. Wir glauben, daß Indiens ständige Mitgliedschaft im Sicherheitsrat all diesen Kriterien zufolge gerechtfertigt und notwendig ist."

Für eine Erweiterung der Mitgliedschaft im Sicherheitsrat ist die Zustimmung aller fünf ständigen Mitglieder erforderlich sowie die Bestätigung durch eine Zweidrittelmehrheit in der Generalversammlung. Im UNO-Parlament kann Indien auf die Unterstützung durch viele Länder des Südens rechnen, denn die Bewegung der Blockfreien Staaten hat während ihrer letzten Sitzung im vergangenen Oktober beschlossen, auf mehr Einflußnahme im Weltsicherheitsrat hinzuwirken. Wie die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates zum indischen Aufnahmeantrag stehen, beschreibt der Sprecher des Außenministeriums mit diplomatischer Vorsicht. "Frankreich vertritt offiziell die Meinung, bedeutende Länder des Südens müßten die ständige Mitgliedschaft im Sicherheitsrat erhalten. Präsident Yeltsin erklärte während seines Staatsbesuches in New Delhi, Rußland unterstütze den indischen Aufnahmeantrag. Keines der ständigen Mitglieder hat sich gegen einen Beitritt Indiens ausgesprochen. Die Position der USA in dieser Frage möchte ich hier nicht kommentieren. Wir stellen jedoch fest, daß die USA keine Stellungnahme hinsichtlich Indiens ständiger Mitgliedschaft abgegeben hat."

Die Worte des Diplomaten lassen den Schluß zu, daß lediglich zwei der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, nämlich Frankreich und Rußland die Aufnahme Indiens befürworten. Selbst die Länder des Südens stehen keineswegs einig hinter New Delhi. Indonesien und Malaysia streben ebenfalls einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat an, konkurrieren also mit Indien um die Vertretung der Region Asien. Der Nachbar und Erzfeind Pakistan hintertreibt aktiv den indischen Aufnahmeantrag. Auch von China, dem atomar gerüsteten Rivalen im Norden, kann New

Delhi kaum Unterstützung erwarten. Bei der Erweiterung des Sicherheitsrates geht es also nicht allein um eine stärkere Beteiligung des Südens an Entscheidungen von globaler Bedeutung. Hinter den Kulissen verbirgt sich ein höchst kompliziertes Pokern um Macht und Vormacht in einer sich immer rascher wandelnden Welt.

Nach dem Ende des Kalten Krieges ist die Welt nicht sicherer geworden. Andererseits erhöhen die Fortschritte in der Kommunikationstechnologie sowie die Globalisierung der Volkswirtschaften die gegenseitige Abhängigkeit der Menschen in Nord und Süd, Ost und West. Nach dem Schlagwort vom Globalen Dorf hat nun ein neues Motto Einzug in den politischen Sprachgebrauch gefunden, der Begriff "Global Governance". Mehrere mit hochrangigen Politikern aus aller Welt besetzte Kommissionen entwickelten Vorschläge für eine neue Welt-Ordnungspolitik, die im wesentlichen auf die Umstrukturierung der UNO sowie die Beteiligung neuer Akteure, etwa Vertreter von Wirtschaftsverbänden und Nichtregierungsorganisationen an internationalen Verhandlungsprozessen hinauslaufen.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat fünf unbefristete Arbeitsgruppen eingesetzt, die sich mit der Reform der UN-Struktur, mit der Erweiterung des Weltsicherheitsrates, mit der Finanzkrise der Staatengemeinschaft, mit der zukünftigen Entwicklungspolitik sowie mit einer Agenda für den Frieden befassen. Während die Industrieländer ihr Hauptaugenmerk auf die Institutionalisierung einer neuen Welt-Ordnungspolitik richten, fordern die sogenannten Entwicklungsländer konkrete Schritte in Richtung auf einen Nord-Süd-Ausgleich.

Die Erweiterung des Weltsicherheitsrates steht im Zentrum dieser Debatte. Die Aufnahme Deutschlands und Japans in das erlauchte Gremium erscheint als nahezu sicher. Aber die Aspiranten aus dem Süden, das sind in erster Linie die großen Schwellenländer Indien, Indonesien, Nigeria, Südafrika, Brasilien und Argentinien, müssen noch viel Lobbyarbeit leisten. Außenminister Kinkel erklärte während seines Besuches in Delhi im Juli 1994, die Bundesregierung unterstütze den Wunsch Indiens nach ständiger Mitgliedschaft im Weltsicherheitsrat.